

*Wenn sich der US-Kongress bis zum 2. August 2011 nicht auf eine Anhebung der Verschuldungsgrenze verständigt, könnten nicht nur die Schecks für die US-Soldaten ausbleiben.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 113/11 – 20.07.11

## **Der Streit um die Verschuldungsgrenze könnte die Gehaltszahlungen und die Dienstleistungen auf US-Basen beeinträchtigen**

Von Leo Shane III

STARS AND STRIPES, 14.07.11

( <http://www.stripes.com/news/debt-limit-fight-could-threaten-military-pay-base-services-1.149180> )

WASHINGTON – Zum zweiten Mal in diesem Jahr droht wegen eines Budget-Konfliktes zwischen dem Weißen Haus und den Republikanern im Kongress eine Einstellung der Soldzahlungen für die Soldaten, der Versorgungsleistungen für die Kriegsveteranen und der Dienstleistungen auf den US-Basen, obwohl die Kriege im Ausland weiter andauern.

Nach Aussagen aus dem Finanzministerium könnte der Regierung das Geld zur Abgeltung ihrer finanziellen Verpflichtungen ausgehen, wenn der Kongress es nicht schafft, noch vor dem 2. August die Verschuldungsgrenze anzuheben.

Die gegenwärtige US-Verschuldungsgrenze von 14,3 Billionen Dollar war bereits im Mai erreicht worden, durch kreative Buchhaltung und Umbuchungen konnte die Regierung ihren Zahlungsverpflichtungen aber weiter nachkommen, während sich die Chefs der beiden politischen Parteien über das weitere Vorgehen stritten.

In der Vergangenheit war die Anhebung der Schuldenobergrenze durch den Kongress reine Routine, aber dieses Mal bestehen die Republikaner auf verbindlichen Ausgabenkürzungen, bevor sie einer weiteren Erhöhung der Verschuldungsgrenze zustimmen. Die Demokraten werfen ihnen vor, vernünftige Kompromisse zu verhindern, weil sie die Zahlungsunfähigkeit der US-Regierung provozieren wollten.

**Offiziell hat sich das Weiße Haus noch nicht festgelegt, welche Zahlungen ausbleiben würden, sein Pressesprecher Jay Carney hat aber schon wiederholt nicht ausgeschlossen, dass auch der Sold der Soldaten und die Versorgungsbezüge der Kriegsveteranen auf der Liste der bedrohten Ausgaben stehen könnten.**

Auch Finanzminister Timothy Geithner hat bereits angekündigt, dass, falls die Verhandlungen scheitern, "eine ganze Reihe der von der Regierung zu leistenden Zahlungen gestoppt, gekürzt oder aufgeschoben werden müssten – auch die Vergütungen für Soldaten und Kriegsveteranen".

Kritiker und unabhängige Experten halten es allerdings für äußerst unwahrscheinlich, dass das Weiße Haus auch die Bezüge für aktive und ehemalige Militärs ins Visier nehmen könnte. Pamela Villarreal, eine führende Mitarbeiterin des National Center for Policy Analysis (des Nationalen Zentrums für politische Analysen, s. <http://www.ncpa.org/>), äußerte,

die Regierung sei bei der Entscheidung über Zahlungseinstellungen oder Gehaltskürzungen sehr flexibel, und viele der gestreuten Gerüchte seien "nur politische Panikmache".

**Nach Angaben des Bipartisan Policy Center / BPC, einer Denkfabrik (der beiden großen) Parteien in Washington (s. <http://www.bipartisanpolicy.org/> ), erwartet die Regierung im August Einnahmen in Höhe von 173 Milliarden Dollar, muss aber fast 307 Milliarden Dollar für bestehende Zahlungsverpflichtungen ausgeben. Ihr fehlen also 134 Milliarden Dollar.**

Für die Arbeitslosenhilfe (12,8 Milliarden \$), für Rentenzahlungen (49,2 Milliarden \$), für das Gesundheitswesen und die Gesundheitsfürsorge für Bedürftige (50 Milliarden \$) und für fällige Schuldzinsen (29 Milliarden \$) muss die US-Regierung (allein im August 2011) über 128 Milliarden Dollar aufwenden. (Addiert man die Einzelbeträge, die wir einer in dem Artikel unter <http://www.stripes.com/news/debt714-7.109932> verlinkten Tabelle des BPC entnommen haben, fallen für die genannten Bereiche sogar 141 Milliarden \$ an. Wenn man die für den gleichen Monat geplanten "Verteidigungsausgaben" in Höhe von 31,7 Milliarden \$ noch dazu zählt, sind mit insgesamt 172,7 Milliarden \$ die erwarteten Einnahmen von 173 Milliarden Dollar nahezu aufgebraucht.) Die Regierung wäre (ohne Erhöhung der Verschuldungsgrenze und ohne zusätzlich Kreditaufnahme) also zu einschneidenden Sparmaßnahmen in diesen und allen anderen Ausgabenbereichen gezwungen. Die Experten sind sich einig, dass schwerwiegende Langzeitfolgen für die Kreditwürdigkeit der USA und ihren internationalen Ruf zu befürchten wären. Für die Wirtschaft wäre das ein finanzieller Albtraum.

**Nach Abzug der (o. a.) Ausgaben von 128 Milliarden Dollar bleiben von den erwarteten Einnahmen (von 173 Milliarden Dollar) noch etwas mehr als 44 Milliarden Dollar übrig – bei ungedeckten Zahlungsverpflichtungen aus weiteren Bereichen in Höhe von insgesamt 178 Milliarden Dollar. Nach Frau Villarreal's Angaben werden für die Gehälter aktiver Militärs im August "nur" etwa 2,9 Milliarden Dollar benötigt und für die Versorgungsbezüge der Kriegsveteranen noch einmal der gleiche Betrag; die benötigte Summe (von 5,8 Milliarden Dollar) werde man sicher vorrangig aus den restlichen Einnahmen (von 44 Milliarden Dollar) zur Verfügung stellen.**

"Niemand wird es wagen, den Soldaten ihr Geld zu verweigern, deshalb halte ich es für äußerst unwahrscheinlich, dass die Schecks für die Soldaten oder die Kriegsveteranen ausbleiben," sagte sie. "Ich denke, darüber wird nur spekuliert, um (dem Kongress) Druck zu machen."

**Die Kürzungen werden aber irgendwo vorgenommen werden müssen. Wenn die Zahlungen für die Soldaten und Kriegsveteranen verschont bleiben, müsste das Finanzministerium die Gelder für die Arbeitslosenunterstützung, andere Verteidigungsausgaben oder die Gehälter der zivilen Bundesbediensteten kürzen. Die zuletzt genannte Maßnahme würde nach Frau Villarreal's Meinung die Regierungsarbeit teilweise lahmlegen, und es entstünde eine Situation, wie sie bereits im April drohte.**

**Nach Aussagen von Pentagon-Mitarbeitern wären auch beim Eintreten einer teilweisen Zahlungsunfähigkeit der Regierung der Nachschub und die Versorgung der US-Truppen in den ausländischen Kriegsgebieten nicht beeinträchtigt. Nicht dringend benötigte Zivilbeschäftigte des Verteidigungsministeriums müssten aber vorübergehend (unbezahlten) Urlaub nehmen, dringend benötigte Zivilisten müssten ohne Bezahlung weiterarbeiten. Dienstreisen müssten abgesagt, vom Militär betriebene Läden auf US-Basen müssten geschlossen und viele Dienstleistungen in Militäranla-**

**gen müssten eingestellt oder mit weniger Personal auf wenige Stunden beschränkt werden.**

Für die Versorgung der Kriegsveteranen zuständige Offizielle teilten mit, auch bei einer teilweisen Zahlungsunfähigkeit blieben die Leistungen für behinderte und in Ausbildung befindliche Veteranen ungeschmälert. Es würden auch keine Rehakliniken geschlossen. Neue Anträge auf Versorgungsleistungen könnten aber vorerst nicht mehr bearbeitet werden, und Begräbnisse mit militärischen Ehren könnten nicht mehr stattfinden. Telefon-Hotlines und regionale Beratungsbüros für Kriegsveteranen könnten nur noch sehr eingeschränkt betrieben werden.

Offizielle des Verteidigungsministeriums und der Behörde für Angelegenheiten der Kriegsveteranen ließen wissen, dass sie die Entwicklung beobachten, aber noch keine Mitteilungen über irgendwelche Kürzungen oder Zahlungseinstellungen vorbereiten.

**Dem Kongress liegen bereits seit April Anträge vor, in denen gefordert wird, die Zahlungen an aktive und ehemalige Militärs auch im Falle einer teilweisen Zahlungsunfähigkeit der Regierung oder beim Auftreten sonstiger finanzieller Engpässe fortzusetzen, weil es wegen der damals (bei den Haushaltsberatungen) aufgetretenen Schwierigkeiten zu Beunruhigungen bei der Truppe gekommen war.**

Seither ist nichts geschehen, aber angesichts des Hickhacks bei den bisher erfolglosen Verhandlungen über die Erhöhung der Verschuldungsgrenze haben Abgeordnete in den letzten Tagen einen neuen Anlauf unternommen, um die Verabschiedung des Antrages durchzusetzen. Außerdem haben 52 Abgeordnete der Republikaner im Repräsentantenhaus am Donnerstag in einem Brief das Weiße Haus dazu aufgefordert, die anstehenden Auszahlungen an die Militärs, die Rentner und die Kranken ebenso wie die fälligen Zinsen auch dann zu bezahlen, wenn man sich nicht über eine Erhöhung der Verschuldungsgrenze einigen kann.

**Am Mittwoch teilte Jay Carney, der Sprecher des Weißen Hauses mit, der Präsident habe noch keine Entscheidung über Prioritäten bei den Ausgaben getroffen, weil er auf das Wort der führenden Parteienvertreter im Kongress vertraue, die versprochen hätten, "alles zu tun, um Schlimmes zu verhüten".**

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

---

## ***Unser Kommentar***

*Nicht nur in diesem Artikel, sondern auch in den Mainstream-Medien der Bundesrepublik wird der Eindruck erweckt, mit der Erhöhung der Verschuldungsgrenze seien alle Zahlungsprobleme der USA behoben. Dass dem nicht so ist, weiß jeder Girokonto-Inhaber aus eigener Erfahrung. Wenn seine monatlichen Bezüge aufgebraucht sind, bleibt ihm noch der meist sehr teure Dispositionskredit. Ist auch der ausgereizt, kann ihn der Bankkunde nicht einfach erhöhen, denn sein Geldinstitut wird seine Geldkarte sperren und ihn gleichzeitig zu einem sehr ernsten Gespräch über die Reduzierung seiner aufgelaufenen Schulden auffordern.*

*Bei den USA war das bisher nicht so. Obwohl sie seit dem Amtsantritt George W. Bushs wegen ständig steigender Kriegskosten und stark abgesenkter Steuereinnahmen ihre*

*Staatsausgaben in immer geringerem Ausmaß selbst decken konnten, verschafften ihnen ihre Rating-Agenturen mit schon lange nicht mehr gerechtfertigten AAA-Ratings die Möglichkeit, sich über gering verzinste, weil angeblich sichere US-Staatsanleihen beim Rest der Welt Geld in unbegrenzten Mengen zu borgen.*

*Da die US-Staatsschulden mittlerweile nicht nur auf – die laut geltender Verschuldungsgrenze behaupteten – 14,3 Billionen Dollar, sondern in Wirklichkeit auf die astronomische Summe von 202 Billionen Dollar angestiegen sind (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP18110\\_130910.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP18110_130910.pdf) ), wird der Ankauf von US-Staatsanleihen trotz des AAA-Ratings der USA immer riskanter. Kein Geldgeber, der klaren Sinnes ist, wird einem Staat, der schon längst eine offizielle Bankrotterklärung hätte abgeben müssen, auch weiterhin Geld leihen, das er nie zurückbekommen wird und deshalb auch gleich aus dem Fenster werfen oder verbrennen könnte. Da musste sich Finanzminister Geithner etwas einfallen lassen. Die FED, die US-Zentralbank (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Federal\\_Reserve\\_System](http://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Reserve_System) ), lässt pausenlos Dollars drucken, die eigentlich nur bedrucktes Klopapier sind (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_08/LP26608\\_301208.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP26608_301208.pdf) ), und kauft damit die US-Staatsanleihen auf, die niemand mehr haben will (s. <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2011-01/18985853-fed-protokoll-ankaufprogramm-von-us-staatsanleihen-vorerst-unveraendert-009.htm> ). So werden die als Klopapier viel zu harten "Greenbacks" in immer weicher werdende Dollars verwandelt, die bald auch niemand mehr haben will, weil auch deren "offizieller Wert" ständig sinkt.*

*Die USA haben nicht nur ihren Dispositionskredit überzogen, sondern eigentlich jeden Kredit längst verspielt und konnten nur deshalb ihren Staatsbankrott immer wieder hinauszögern, weil gekaufte Politiker und gekaufte Medienleute in der westlichen Welt dieses betrügerische Spiel immer noch mitspielen. Die Medien suhlen sich ständig in der angeblichen "Euro-Krise", damit sich niemand ernsthaft mit der eigentlichen Krise – der Dollar-Krise – beschäftigt. Wie lange wird die übrige Welt noch darauf hereinfallen?*

---

# STARS AND STRIPES.

## **Debt limit fight could threaten military pay, base services**

By Leo Shane III

Published: July 14, 2011

WASHINGTON — For the second time this year, a budget showdown between the White House and Republicans in Congress threatens to halt military paychecks, veterans benefits and base services, all while the wars overseas continue unabated.

Treasury officials have said that Congress must approve an extension in the federal debt limit by Aug. 2 or risk potentially crippling shortfalls in money available to cover government obligations.

The country hit the current debt ceiling of \$14.3 trillion in May, but creative bookkeeping and funding transfers have allowed federal operations to continue as leaders of the two political parties spar over how to move ahead.

In the past, debt limit votes have been fairly routine for lawmakers, but Republicans in Congress this term have insisted on spending curbs before agreeing to any additional in-

creases. Democrats have accused them of rejecting reasonable compromise plans, thereby threatening an unprecedented default by the U.S. Government.

White House officials have not outlined exactly which bills will go unpaid, but White House Press Secretary Jay Carney has repeatedly included military paychecks and veterans benefits in his list of threatened items.

Earlier this year, Treasury Secretary Timothy Geithner said that a failure to reach an agreement will mean that “a broad range of government payments would have to be stopped, limited or delayed, including military salaries and retirement benefits.”

But critics and outside experts remain skeptical that the White House will target military paychecks for cuts. Pamela Villarreal, senior fellow at the National Center for Policy Analysis, said officials will have some flexibility in deciding which bills to pay, “and a lot of what we’re hearing right now is just political.”

According to the Bipartisan Policy Center, a think tank in Washington, the government will have about \$173 billion in revenue for August. But it will also have nearly \$307 billion in payment obligations, leaving a massive shortfall of about \$134 billion.

Payments to cover Social Security benefits, Medicare and Medicaid, and debt owed on Treasury securities like bonds would total about \$128 billion, forcing the administration’s hand on most of the fiscal decisions. Experts agree that defaulting on those obligations could have serious long-term effects on the country’s credit rating and public reputation, potentially plunging the economy into an unprecedented financial nightmare.

That leaves about \$44 billion to cover more than \$178 billion in other bills. Villarreal notes that military paychecks for August will total \$2.9 billion, and veterans benefits roughly the same -- only a small fraction of the available cash.

“Nobody wants to disenfranchise the troops, so I think it’s highly unlikely we’ll see anything happen to military pay,” she said. “I think some of this talk is designed just to scare people.”

Still, the cuts will have to come from somewhere. If military and veterans payouts are protected, the Treasury might have to stop payments for unemployment benefits, defense vendor obligations or federal salaries. That last item, Villarreal said, would undoubtedly cause a partial government shutdown, similar to the situation threatened in April.

During that budget fight, Pentagon officials said equipment and operations for troops serving in overseas war zones would not be affected by a partial shutdown. But non-essential defense civilian employees would have been temporarily furloughed, while essential ones would work without pay. Military commissaries would be closed, temporary-duty travel cancelled and other base services forced to shut down or operate with fewer hours and personnel.

Veterans Affairs officials said a partial shutdown would not stop any disability or education benefits from being sent out, or close any veterans hospitals. But new benefits claims would be completely stopped, veterans burials could be halted, and VA hotlines and regional offices would operate on an extremely limited basis.

Officials at the Departments of Defense and Veterans Affairs said they are monitoring the situation but have not yet made any announcements about possible program cuts or payout stoppages.

A pair of bills pending before Congress would mandate that military pay continue even in the case of a government shutdown or fiscal crisis, in response to troops' fears after the April threat.

Neither measure has advanced since then, but lawmakers have made another push at adopting the rule in recent days as the debt ceiling negotiations have faltered. In addition, 52 House Republicans sent a letter to the White House on Thursday demanding that military pay -- along with Social Security checks, Medicare payments and all interest payments -- remain unaffected if a deal is not reached.

On Wednesday, White House Spokesman Jay Carney said that the president had not made any decision on spending priorities because "we believe and take leaders in Congress at their word that action will be taken to prevent that from happening."

*shanel@stripes.osd.mil*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**